

Ein föderales Europa braucht den Nationalstaat, der Nationalstaat braucht ein föderales Europa

von Dr. Wolfgang Vonnemann, Berlin

Nikolaus Blome beschreibt in seiner Kolumne die von der EU-Kommission nach seiner Einschätzung „vermasselte“ Impfstoffbeschaffung als Beleg für die Überlegenheit der intergouvernementalen Zusammenarbeit der nationalen Regierungen. Um sicherzustellen, daß seine Kritik sich auch in den Köpfen der Leser festsetzt, bedient sich der ehemalige stellvertretende Bild-Chefredakteur des bewährten Stilmittels der populistischen Zuspitzung, indem er feststellt:

„Die Mitgliedstaaten übertrugen die Rettung des Kontinents aus einer Jahrhundertpandemie den Bewohnern einer Brüsseler Besenkammer.“

Mit der „Besenkammer“ ist der für die Impfstoffbeschaffung federführende Bereich Gesundheitswesen der EU-Kommission gemeint, dem, wie Blome betont, seit 2004 Kommissare aus Malta und Litauen vorstanden und der derzeit von einer Kommissarin aus Zypern geleitet wird.

Nikolaus Blome ist aber nicht etwa ein Vertreter des „Impfnationalismus“, also eines Wettlaufs der EU-Mitgliedstaaten bei der Impfstoffbeschaffung, in dem Deutschland kraft seiner ökonomischen Potenz wahrscheinlich die besten Karten gehabt hätte. Er hält vielmehr die gemeinsame europäische Corona-Bekämpfung und damit auch die Impfstoffbeschaffung für so bedeutsam, daß die Regierungen sie „in ihrem Kreis unbedingt hätte(n) belassen“, also durch intergouvernementale Zusammenarbeit hätten erledigen müssen.

Nun ist aber gerade die Impfstoffbeschaffung ein Beispiel für intergouvernementale Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Denn es existiert keine europäische Zuständigkeit für die Pandemiebekämpfung in der EU. Daher haben die Regierungen der Mitgliedstaaten sich darauf geeinigt, den in der EU benötigten Impfstoff für die Mitgliedstaaten gemeinsam zu beschaffen und die EU-Kommission mit der Erledigung dieser Aufgabe zu beauftragen. Wenn nun aber, wie Blome meint, die EU-Kommission dieser Aufgabe nicht gewachsen war, hätten die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten beispielhaft gezeigt, daß intergouvernementale Zusammenarbeit gerade nicht geeignet ist, europäische Aufgaben auf diese Weise zu bewältigen.

Auch die weiteren Beispiele für intergouvernementale Zusammenarbeit, die Blome nennt, sind eher abschreckend, wenn man europäische Aufgaben möglichst effizient und sachgerecht erledigt sehen will. Das beginnt mit der

„gemeinsamen Außenpolitik“, geht weiter über die gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik, für die eine Zuständigkeit der EU in den Art. 78 und 79 AEUV zwar geregelt ist, die aber aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt mangels eigener exekutiver Befugnisse der EU in diesem Bereich, zu einem der bedeutendsten „Tummelplätze“ für intergouvernementale Zusammenarbeit, oder genauer, nationale Egoismen, geworden ist, bis hin zur Lösung der Euro-Krise, die tatsächlich durch eine europäische Institution mit eindeutiger Zuständigkeit für die europäische Geldpolitik, nämlich die EZB, abgewendet wurde und nicht in erster Linie durch die zermürbende Suche der nationalen Regierungen der Euro-Zone nach Kompromissen in Sachen Euro-Rettungspaketen. Nicht umsonst ist Draghi's „whatever it takes“ der Schlüsselsatz für die Beendigung der Spekulation gegen den Euro.

Blome weist zu Recht darauf hin, daß die EU dort am besten funktioniert, wo sie eine eindeutige und von niemandem in Frage gestellte Kompetenz hat, nämlich, neben der Geldpolitik der EZB, in Angelegenheiten des gemeinsamen Binnenmarkts einschließlich der Außenhandels- und Wettbewerbspolitik.

Die Konsequenz aus der Betrachtung dieser Beispiele ist also: je eindeutiger europäische Zuständigkeiten begründet sind, desto effizienter ist im Zweifel die Aufgabenerledigung.

Aber sollte man daraus den Schluß ziehen, daß die Nationalstaaten in Zukunft in Europa nicht mehr gebraucht werden?

Wer wie Andrea Dernbach dafür plädiert, ein „Europa der Regionen und Kommunen“ zu bauen und auf die Nationalstaaten als überflüssiges Glied „der demokratischen Wertschöpfungskette“ zu verzichten, plädiert, vielleicht ungewollt, für einen europäischen Zentralstaat oder, wie Gegner der europäischen Integration gerne populistisch formulieren, einen europäischen Superstaat. Einen Staat, der nicht nur für Aufgaben verantwortlich zeichnet, die, wie Außen- und Sicherheitspolitik, Einwanderungs- und Asylpolitik, Seuchenbekämpfung sowie Rahmensetzung in der Umweltpolitik und natürlich der Binnenmarkt sinnvoll nur auf europäischer Ebene erledigt werden können, sondern einen Staat, der das Zivil- und Strafrecht, das gerichtliche Verfahren, das Wirtschaftsrecht und jegliches Steuerrecht, die Kultur, die Bildung und das Hochschulwesen und vieles mehr für ganz Europa regelt, obwohl dafür keine Notwendigkeit besteht. Eine solche politische Zentralisierung würde in Europa Nationalismus eher stärken und damit Europa schwächen. Man sollte die Bindekraft von Nationalstaaten nicht unterschätzen, ihre Bedeutung als Anknüpfungspunkt für die Identität der Europäer, die Franzosen, Deutsche,

Polen usw. sind und bleiben und ihre Kultur und insbesondere ihre Sprache behalten wollen, und die „ihren“ Nationalstaat als Garanten dafür sehen.

Dies gilt zumal in den Ländern, die erst vor wenig mehr als 30 Jahren nach langer Fremdbestimmung von außen ihre staatliche Unabhängigkeit wieder erlangt haben. Und selbst wo es starke regionale Identitäten gibt, wie etwa in Katalonien, führt der Wunsch nach Herauslösung aus dem Nationalstaat zu einer Zerreißprobe, die man in anderen Ländern nicht ohne Not befördern sollte.

Noch wichtiger sind die Nationalstaaten für den Aufbau eines föderalen Europa. Die Staaten sind, so das deutsche Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil, die „Herren der Verträge“. Unabhängig davon, ob man der dahinter stehenden juristischen Konzeption folgt, steht doch fest, daß es allein die Staaten und ihre Regierungen sind, die den institutionellen Umbau der EU in Angriff nehmen können, nachdem sie auch bisher die Integration Europas gestaltet haben. Ziel dieses Umbaus ist ein föderales Europa, das auf Nationalstaaten basiert, die den Mut und die Weitsicht besitzen, Aufgaben, die sie selbst nicht erledigen können, einer europäischen Regierung zu überantworten, damit diese Aufgaben im Interesse der Staaten und Völker über den Binnenmarkt und die Handelspolitik hinaus ebenso gut erledigt, wie selbst Nikolaus Blome das für diese Bereiche konzidiert. Dem politischen Willen, der dazu notwendig ist, auf die Sprünge zu helfen, das wiederum ist Sache der politischen Parteien, der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen und letztlich jedes einzelnen Europäers.